

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen nehmen die Anzeiger...
Sprech-Anschluß Nr. 53.

Die Anzeiger...
Pfeilung.

Ergebnisse: Tagesblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 224

Mittwoch, den 25. September 1929

24. Jahrgang

Um sechs Jahre zurück! Sieht so ein trockener Putz aus!

Von Dr. P. Dürrenfurth.

Diesen Aufsatz entnehmen wir der Tageszeitung „Der Jungdeutsche“, dem Organ des Jungdeutschen Ordens.

Da kommt man nach Deutschland zurück und liest deren Wides fünf Paragraphen eines Volksbegehrens von der Zeitung ab, fünf Paragraphen, durchzubrüden nur mit Mühe und Not im wahren Sinne des Wortes mittels Volksenscheid. Paragraphen, denen weder Explosivstoff noch politische Kenntnis der Weltlage andähtet, dessen sich politisches Fingerhühnchen sträubt, sie anzufassen, und deren Inhalt man dem jüngsten Redakteur des Berliner Tageblattes übergibt, um sie mit Leichtigkeit zerpfänden zu lassen. — Weist man so ein Volk auf eine neue Erlebnisebene? Auf man so die Geister einer neuen Reichsgewalt? — Verschüttet sind die Quellen metaphysischer Intuition, zu offen tritt hier die Unfähigkeit abermals zutage, als daß auch wir in dieser Stunde nicht offen sein dürfen.

Meine Herren vom Reichsausschuß! Ich will Kritik nicht beiseitelassen, wie dieselbe dortseits ja auch scheinbar anderen überlassen wurde. Wir wollen uns einmal über etwas anderes unterhalten: Man kennt doch noch einigermaßen die Situation von 1923? — Gut! Wie sah es damals aus? Die Stimmung des Volkes war gesammelt in tausend brodelnde Kessel. Es galt, das Feuer unter ihnen zu schüren. Die Inflation heizte das Siebthermometer. Inflationsphänomene des Ostens und des Westens, die Glotztrötter der ganzen Welt beschämten die Gotendome. Die Franke loderten, die Jugend sah sie. Kessel stießen über und ergossen sich zu strömen, verengt waren Kraft und Macht. Dieselben Köpfe, die heute ein Ragout aus andrem Schmaus zusammenbrauen, standen damals, ohne daß man es ihnen allen nachweisen könnte, im Verein, Adolf Hitler als Trommler vor den Aussäen. Daß er es noch rechtzeitig gemerkt hat, brachte ihm die Sympathie ein, die ihn auf die Stellung Landsberg begleitete. Aber er und sein Kreis haben nicht die Umsicht, Sicherheit und Diktatorqualitäten besessen, um in jener Nacht des 9. November 1923 auch nur einen einzigen Befehl von München nach Nürnberg durchgeben zu können. Hätte er es — freilich, er sah heute nicht in diesem Kreise von Männern.

Und die anderen? Derselbe defensiv Geist der Rückversicherung auf Gegenseitigkeit, der heute aus den fünf Paragraphen redet, hat sich damals auf den Wegen wieder zurückgefunden, die nach München in vertrauliche Besprechungen führten. Derselbe Verantwortungslosigkeit, die ein Jahr lang mit dem hochqualifizierten Jugendidealismus speziell des südlichen Vaterlandes spielte, beschwor die Führer von Bewegungen, Gruppen und Cliquen in der Herrenhaus, um ihnen vorzumachen, der Königin Schwarzweißrot müsse wieder etwas unternehmen. Derselbe Kreis fast — mit Ausnahme der damals engsten Umgebung Hitlers — geht heute mit Bleistift und Notizpapier daran, auf den blutigen Ausgang des Putzes von 1923 einen „legalen“, einen trockenen Putz zu inszenieren, dessen einziger Erfolg nur der sein kann, die Stellung des Reichspräsidenten von Hindenburg mit der bloßen Befamntgabe der angestrichelten Paragraphen 1, 3 und 4 von sich aus und vom Volke aus zu erschüttern. — Die ganze Kolonne Jugendberg, Claj, Seibte und Hiltler hat eine scharfe Keilwirkung gemacht und befindet sich — um ein geistiges Bild zu gebrauchen — am Ausgangspunkte jener Stellung, die dem damaligen Gremium der Abend des 9. November 1923 wies: Kein Mensch weiß, wie es ausgeht! Und das ist das Schlimmste! Nicht einmal jene berühmten Kossowischen 51 Prozent der Gewissheit für Erfolg sind vorhanden. Nicht ein einziges jugendliches Auge voll frohlockenden Idealismus, deren es damals zu Zehntausenden gab, steht heute hinter jenen Männern.

Wir dürfen Adolf Hitler fragen, ob dies zutrifft, wenn er sich nur eine einzige Jitrus-Krone-Versammlung vorstellt und wenn er im Vergleich hierzu in eine Versammlung für das papierne „Volksbegehren“ treten wird. Und wir gehen nicht zu weit, wenn wir warnen: Adolf Hitler, das Ganze wird ein Karwendelbräu mit veräuschten Rollen! — Wir, die wir diese Schule von damals genossen, die wir aus ihr gelernt haben, warum sollten wir nicht aus ihr plaudern? — Die am 10. November 1923 aus jener Narbrüde aus Verzweiflung gebrochenen Gewehre des Bundes Oberland sind durch bessere ersetzt worden. Aber Hitler ist unbeherrschbar. Wo soll man den Mut zum Glauben an diese Führung der nationalen Opposition noch hernehmen, wenn man sieht, daß sechs volle Jahre nutzlos vertan und vergangen sind? Wenn man sieht, daß noch immer noch dem alten Regimente egyptert wird, mit dem der Frontkämpfer rein gar nichts anfangen kann? Wenn man sieht, daß nichts und niemand imstande scheint, den verhängnisvollen Erfolg jener alldeutschen Gruppe, der die Jugend aller Lager längst aus den falschen Händen gelitten ist, populär zu machen? Wenn man sieht, daß das außerparlamentarische Gegengewicht der Wände immer wieder geteilt und in Stücken um den Tisch einer einzelnen Partei wandert, dort bestaunt, aber abgegriffen wieder zurückgegeben wird?

Wir glauben nicht mehr daran, daß es keine Parteifache ist, dieses Volksbegehren! Der ehrwürdige Gouverneur Schneebatte die Führung jenes überparteilichen Ausschusses, der eine einheitliche, von der Regierung unterstützte, durch das ganze Reich gehende Rundgebung gegen die Kriegsschuldlinge am Tage der sechsjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages plante. Gesehert ist alles, weil engstirniger Parteigeist gerade auch der „Rechten“ keine gemeinsame Demonstration wollte. Und nun will der immer wieder gleichnamige Kreis jenen 20 Millionen, mit denen man vor Monaten in der gleichen Sache die Gemeinschaft ablehnte, Gelegenheit geben, dem Ausland und der Geschichte gegenüber für alle Zeiten dem deutschen Volke einen Mafel anzuhängen bergestalt, daß das Anerkennen der

Die Deutschnationalen und die Franzosen

Um den Sinn der Enthaltungen der „National-liberalen Korrespondenz“ und anderer Stellen über die Verhandlungen deutschnationaler und anderer Rechtspolitiker mit französischen Politikern und Militärs klarzustellen, muß man im Auge behalten, daß es sich dabei weniger um den Gegenstand dieser Gespräche und Verhandlungen handelt, als um die Unehrlichkeit, die darin liegt, daß die Deutschnationalen, der Stahlhelm usw. jegliche, dem Wesen nach ganz ähnliche, aber offen geführte Verhandlungen anderer Männer mit Vertretern Frankreichs zur gleichen Zeit in schmähtlicher Weise angriffen. Unter dieser Voraussetzung sind weitere Beiträge des „Jungdeutschen“ zu dieser Frage von besonderem Interesse. Er sagt, daß die Telegraphen-Union sich in ihren Demotiks als schlecht unterrichtet erwiesen habe und behauptet demgegenüber, daß deutschnationale Abgeordnete und Politiker, die uns dem Namen nach bekannt sind, noch im Jahre 1929, also in einer Zeit, wo die Deutschnationalen nicht in der Regierung waren, als Bevollmächtigte der Deutschnationalen Volkspartei mit offiziellen französischen politischen Kreisen verhandelt haben. Außer den genannten Herren Albone und von der Lippe nennen wir vorläufig noch den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Treviranus, der auch im April dieses Jahres in Berlin mit dem Beauftragten Poincares zusammen gewesen ist. Neben Herrn von Medem als Vertreter des Stahlhelms hat aber noch ein weiterer hervorragender Stahlhelmvertreter mit Poincares Sendling verhandelt, nämlich Herr von Widenleben. Damit Paul Reynaud aber auch den Eindruck mit nach Hause nahm und seinem Auftraggeber Poincare mitteilen konnte, daß er mit der gesamten deutschen Rechten Fühlung genommen habe, fand sich auch für den deutschnationalen Landbund jemand zu den Verhandlungen mit Herrn Reynaud ein, und zwar Herr Di-

rektor Kriehheim. Auch Herr von Gleichen mit seinem Kreis wollte da nicht zurückstehen und auch er erklärt ebenso wie alle Vorhergenannten sein Einverständnis mit einer deutsch-französischen Politik im Sinne der bekannten Reichsbergischen Bedingungen. Als größten Achtungserfolg — wenn auch nicht als größten politischen — brachte Herr Reynaud wohl die erstaunliche Mitteilung nach Paris, daß auch der bekannte Kapitän Ehrhardt mit ihm zusammengetroffen und daß auch Ehrhardt auf der Basis der Reichsbergischen Bedingungen eine Politik mit Frankreich für richtig hält. Die wesentlichen vorangegangenen Enthaltungen über Besprechungen dieser Art sind in der Hauptsache von den betreffenden Herren zugegeben worden, so daß Wahrscheinlichkeit besteht, daß auch diese Angaben zutreffen. Erst damit entschließt sich die Falschheit jener Rechtspolitiker, die um keinen Preis, was sie selbst erreichen müßten, von anderen mit Erfolg getan sehen wollen.

Das Außenministerium war nicht unterrichtet

Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Rönne und der National-liberalen Korrespondenz wird von zuständiger Stelle erklärt, daß seitens des Auswärtigen Amtes irgendeine Ermächtigung, ein Auftrag oder eine Billigung zu privaten Verhandlungen in Paris nicht erteilt worden ist. Die Nachverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß eine Information der Unterhandlungen vorher nicht stattgefunden hat, ebensowenig eine laufende Information. Ob eine gesprächsweise Berührung dieses Themas vorgekommen ist, konnte nicht festgestellt werden. Uebrigens hat der Reichsaußenminister Ende Mai bereits über diesen Punkt unzweideutige Äußerungen gemacht.

Kriegsschuldfrage stillschweigend dokumentiert wird, statistisch sogar, nach Dörfern, Städten und Landteilen geordnet. Soll das das neue Ethos sein, das der Wiedergeburt des Vaterlandes zugrunde liegt? Wo sind denn bloß die Sanitäter, die die immer wieder auf ihren eigenen Schlachtfeldern Zurückbleibenden endlich in die Etappe schaffen!

Aber, das ist Nörgerei! kann man sagen. Besseres zeigen! Gut. Da nehme ich die Jungdeutsche Proklamation des Jungdeutschen Ordens von Dresden vor. Auch mangelhaft, sicherlich. Aber deutlich. Man erkennt scharf die beiden Fronten, die außerhalb Deutschlands in Feindschaft stehen, noch stehen: Plutokratie und Bolschewismus. Wieder ein Zweifrontenkrieg wie im Weltkampfe. Eine ungeheure Ahnung dessen steigt auf, was aus uns werden muß, wenn wir, die wir doch als Ganzes bedroht sind, als Ganzes uns nicht entgegenstemmen. Es ist eine Lüge, eine Lebenslüge, wenn man behauptet, daß uns ein Gott keine Idee mehr schiden werde, die uns alle einen kann. Es ist ein Frevel, zu sagen, das Volk werde ewig in die Fronten aufgestellt bleiben: Die Schwarz-Weiß-Rot, die Schwarz-Rot-Gold. Wir stellen uns gegeneinander, indem so unsere Feinde im Rücken sind. Jeder weiß es, jeder sieht es. So wird keiner siegen. Trotz diesem Gegeneinander will nun heute eine Seite das Ganze unter alten Voraussetzungen mobilisieren, um einen einzigen Artikel des Versailler Vertrages zu annullieren, wo doch alle fallen müssen und fallen würden, wenn der innere Widerstreit der Nation durch ein Fernziel, das alle sehen können, gebändigt wäre. Man wird sagen, das sei der Anfang. Einen schmähtlicheren Anfang wie diesen kann es gar nicht geben angesichts der Tatsache, daß nicht einmal die einzelnen Gruppen des Reichsausschusses unter sich in allen fünf Paragraphen einig sind und dies sogar öffentlich debattieren müssen. Diese Aktion hat bereits ausgespielt! Und wenn alles doch noch wahr werden sollte, was jeder Einsichtige nicht hofft, dann kann sich kein Deutscher mehr im Auslande sehen lassen; denn man wird in ihm nicht einen von benutzigen vermuten, der gegen die Kriegsschuldfrage gestimmt hat, sondern — quafi — dafür. Das ist ein einfaches psychologisches Exempel.

Wenn aber — wie man nach Lage der Dinge annehmen sollte — sich der taktische Kummel verliert, dann steht zu hoffen, daß sich die Klärung durchsetzt und der Clique endlich die Gefolgschaft für immer versagt Meidit, die nichts vergessen, aber auch nichts hinzulernen kann um des Volkes und des Vaterlandes willen. Das wäre dann das einzige Postitium, das gebucht werden könnte, und wenn es zur Formung der Front für den Volksstaat aller Deutschen ausschläge, wollten wir gerne vergessen, wodurch und mit wem es zustande kam.

Man berichtigt sich

Zum neuen § 4 des „Volksbegehrens“

Der Beschluß des Reichsausschusses für das Volksbegehren, in dem die bekannte Wenderung des berichtigten Paragraphen 4 festgesetzt worden ist, enthält ein auffälliges Versehen. Mit der Wenderung des Paragraphen 4, durch die jeder Zweifel ausge-

schlossen werden soll, bedeutet doch nichts anderes als das indirekte Zugeständnis, daß die alte Fassung des Paragraphen 4 eine solche Möglichkeit durchaus gegeben hat. Es zeigt sich also, wie unberechtigt es war, wenn in der Reichspresse Andersdenkende andauernd beschimpft wurden, weil sie eine angeblich unwahre Behauptung aufstellten. Die unwahren Behauptungen liegen ganz auf der Gegenseite. Die rechtsradikale Presse redet dauernd von der „nationalen Einheitsfront“. Auch nach der Seite hin ist die Befamntgabe des Reichsausschusses für das Volksbegehren ein wertvolles Eingeständnis. Es wird darin bekanntlich ausdrücklich festgestellt, daß Reichslandbund und Christlich-nationale Bauernpartei trotz der Abschwächung des Artikels 4 ihre grundsätzliche Stellungnahme gegen die Strafbestimmung des Paragraphen 4 aufrecht erhalten. Wie der Reichsausschuß angesichts dieser Tatsachen den Mut haben kann, zu behaupten, daß Reichslandbund und Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei Schulter an Schulter mit den anderen Verbänden im Reichsausschuß für die gemeinsame Sache kämpfen werden, ist ein starkes Stück. Hält denn der Reichsausschuß das deutsche Volk wirklich für so dumm, daß es derartige Schaumshälgerereien nicht durchschaut?!

Aktion für Arbeitnehmer

Im Verlauf der ersten Sitzung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz, die vom 23. bis 26. September im Reichstagsgebäude in Berlin tagt, hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Brünig (Ztr.) einen Vortrag über „Neue Grundlagen der Mitarbeit der Arbeitnehmer“. Seine Ausführungen gipfelten in einer Formulierung, in der der Wunsch nach besserer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgedrückt wurde. Es sollen zu diesem Zwecke neue Formen der Besitz- und Gewinnbeteiligung gefunden werden, durch die die gewerkschaftlichen Bedenken beseitigt werden, die vorläufig noch in vielen Ländern derartigen Versuchen gegenüber bestehen. Nach Möglichkeit soll in allen Ländern durch Schaffung von Kleinaktien die Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienbesitz des Unternehmens, an dem sie beschäftigt sind, gefördert werden.

Bildung der deutsch-englischen Vereinigung

Die deutsch-englische Vereinigung, deren Gründung seit einigen Monaten in Vorbereitung war, hat sich nunmehr endgültig konstituiert. In der gestern in Berlin abgehaltenen gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Vorstände beider Zweige der Ver-